

Der Spiegel:

**Deutsche Personalpolitik gegenüber internationalen Organisationen:
Ernennung von Horst Köhler zum IWF-Exekutivdirektor**

Keine der früheren Bundesregierungen hatte dieses Thema zur „Chefsache“ gemacht. Als rühmliche Ausnahme hat der – schließlich von Erfolg gekrönte - persönliche Einsatz des Bundeskanzlers bei der Besetzung des IWF-Chefposten durch Horst Köhler zu gelten. Das Problem ist jedoch in Wirklichkeit noch dramatischer als es Ihr Beitrag erkennen lässt: Die Bundesrepublik Deutschland ist in rund 200 Regierungsorganisationen – von unterschiedlicher Bedeutung - Mitglied. An jährlichen Beiträgen und anderen finanziellen Leistungen werden mit 50,5 Mrd. DM etwa 10 % des gesamten Bundeshaushaltes hierfür aufgewandt. Der Löwenanteil entfällt mit 44,2 Mrd. DM auf die EU und mit 6,3 Mrd. DM auf alle anderen internationalen Organisationen.

Deutschland hat bisher kein einziges Mal den gewählten Chefposten einer Weltorganisation besetzen können. Die Wahl von Horst Köhler zum Exekutivdirektor des Internationalen Währungsfonds ist daher eine späte Premiere. Frühere eher halbherzig unternommene deutsche Anläufe auf die Position des Generaldirektors bei der FAO in Rom und bei der IAEA In Wien sind ebenso gescheitert wie zwei deutsche Versuche, den Posten des OECD-Generalsekretärs in Paris zu besetzen. Bei allen anderen vakant gewordenen Chefpositionen ist Deutschland gar nicht erst angetreten. Auf regionaler Ebene, in der das Kandidatenfeld um die Spitzenpositionen allein schon wegen der geringeren Zahl der sich bewerbenden Mitgliedsländer nicht so stark besetzt ist, konnte Deutschland bisher jeweils einmal den Posten des EWG-Präsidenten (Walter Hallstein), des Europarat- und des NATO-Generalsekretärs sowie mit Horst Köhler den des EBRD-Präsidenten besetzen. Es ist eher unwahrscheinlich, dass ihm auf diesem Posten wieder ein Deutscher folgt. Für Frankreich war es selbstverständlich, dass auf den Franzosen Jacques Attali wiederum ein Franzose, de Larosière, der seinerseits u.a. langjähriger IWF-Chef war (und damit auch Vorgänger von Horst Köhler), folgte.

Auf der zweiten Ebene, d.h. auf der Ebene der ernannten (im Gegensatz zu den gewählten Spitzenfunktionären) - hat sich Deutschland – mit der Ausnahme von Klaus Töpfer als UNEP-Exekutivdirektor - häufig auf Stellvertreterposten oder auf eher verwaltende Hilfsfunktionen beschränkt: Finanzwesen, Verwaltung, Controller, Chefjustitiar, Konferenzdienste, Betrugsaufklärung bzw. auf Stabsfunktionen der Koordination. Diese Aufgaben hat man den tüchtigen Deutschen gerne überlassen. Für inhaltlich gestaltende Aufgaben der internationalen Regierungsorganisationen haben andere Länder im Gegensatz zu Deutschland traditionell größeres Engagement und politisches Interesse gezeigt.

Im internationalen Dienst, zu dessen Funktionieren Deutschland mit der Ausnahme der EU (27,1%) nach den USA und nach Japan zumeist zwischen 10 und 12% der Haushaltsmittel beisteuert, sind weltweit rund 37.000 internationale Bedienstete im höheren Dienst tätig, hiervon rund 3.200 Deutsche – unter diesen etwa 1.100 allein bei der EU. 800 der deutschen Mitarbeiter im internationalen Dienst nehmen Leitungsfunktionen (Referatsleiter oder höher) wahr.

Trotz der enormen deutschen Finanzleistungen an das internationale System nutzt Deutschland im Zeichen der Globalisierung der Weltwirtschaft seine Chancen durch die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen nicht angemessen:

- Für entsandte deutsche Beamte ist ihre Tätigkeit im internationalen Dienst in der Regel nicht karrierefördernd. Im Gegenteil, nach ihrer Rückkehr landen sie meist in

einer Sackgasse. Dies gilt auch für Spitzenpositionen: Während beispielsweise in Frankreich der frühere stellvertretende EG-Kommissionspräsident Raymond Barre französischer Ministerpräsident wurde und der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors als *papabile* für die Position des Staatspräsidenten galt, hat man von den wenigen Deutschen, die an höchster Stelle Verantwortung in internationalen Organisationen trugen, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland im politischen Leben nichts mehr gehört.

- Für deutsche Experten aus Wissenschaft oder Wirtschaft, die nicht von einem Ministerium beurlaubt sind und daher keinen Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung haben, bestehen nur geringe Aussichten nach ihrer Rückkehr adäquat in das deutsche berufliche System re-integriert zu werden. Ihre Auslandserfahrungen zählen nur gering und sie gelten als schwer vermittelbare Exoten. Ihr berufliches Risiko ist wegen der meist befristeten Zeitverträge erheblich und ihre soziale Absicherung ist oft sehr unsicher. Das Beispiel von Cajo Koch-Weser, der bei der Weltbank Karriere machte und wegen seiner großen internationalen finanzpolitischen Erfahrungen in Deutschland Finanzstaatssekretär wurde, ist eine singuläre Ausnahme.

Ändern wird sich diese Situation erst dann, wenn die Bundesregierung sich entschließt, ihre kostspieligen Mitgliedschaften inhaltlich regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen und sich endlich im System der internationalen Regierungs- und Finanzorganisationen auch durch eine Meinungsführung bei Sachthemen zu einem aktiven ‚*global player*‘ zu entwickeln. Hierzu gehört auch eine weitsichtige Personalpolitik sowohl für die Spitzenpositionen, aber auch für die sog. Arbeitsebene. Auch nach mehr als 40 Jahren deutscher EU-Mitgliedschaft und mehr als 25 Jahren deutscher UNO-Mitgliedschaft hat Deutschland eine der Bedeutung des Landes angemessene Rolle im multilateralen System noch nicht gefunden.